

Carl-Julius Cronenberg

- (A) Aber wenn Sie noch vor 18 Monaten überzeugt waren, dass Ihr Gesetz einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Menschenrechtslage in der Welt leistet, aber jetzt angesichts steigender Energiepreise und hoher Inflationsraten das gleiche Gesetz als Bürokratielast einfach aussetzen wollen: Ja, was soll denn dann für ein anderer Eindruck entstehen als der, dass Sie Ihr Lieferkettengesetz als Schönwettergesetz für gute Zeiten verstanden haben und eben nicht als ordnungspolitisch sinnvollen Rahmen, der hilft, die Kinder aus den Minen in die Schulen zu bringen? Sie können nicht ernsthaft wollen, dass dieser Eindruck entsteht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Marianne Schieder [SPD])

Recht haben Sie, dass der Mittelstand nicht überfordert werden darf. Das hat übrigens die FDP schon letztes Jahr in unserem Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf gefordert, den Sie dann abgelehnt haben. Aber deshalb packen wir das jetzt an, was dem Mittelstand nutzt, und entwickeln das Thema „Sorgfaltspflichten auf europäischer Ebene“ weiter.

Da hat die Bundesregierung – Marco Buschmann und Hubertus Heil – in ihrer Protokollerklärung unmissverständlich klargestellt, dass es keine deutsche Zustimmung ohne eine Safe-Harbor-Lösung geben wird, und das ist gut so. Genau das hilft dem Mittelstand.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Überhaupt ist es richtig, dass wir den nationalen Alleingang beenden und ein europäisches Sorgfaltspflichtenrecht bekommen. Wir brauchen ein Level Playing Field – Maik Außendorf hat dazu ausgeführt – hier bei uns im Binnenmarkt. Auch das hat die FDP von Anfang an gefordert.

(Zuruf von der CDU/CSU)

Meine Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass die Bundesregierung in ihrer Protokollerklärung ebenfalls klargestellt hat, dass der Grundsatz „Rückzug nur als Ultima Ratio“ gewahrt bleiben muss. Das Motto muss lauten: „stay and approve“ und nicht „cut and run“. Ein Rückzug unserer Unternehmen aus den Märkten der Welt wäre der falsche Weg. Der Globale Süden wünscht sich eine europäische, eine faire Alternative zu China.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in die Welt reisen, werden wir doch gefragt: Wann kommen eure Unternehmen und investieren bei uns? Die Länder in Afrika, in Südasien oder auch in Lateinamerika wissen: Deutsche Investitionen bringen faire Löhne und Arbeitsbedingungen, oft auch Ausbildung und Weiterbildung. Handel und Investitionen unserer Unternehmen in der Welt schaffen nicht nur Arbeitsplätze und Wohlstand bei uns; sie führen auch viele Menschen aus Armut und Perspektivlosigkeit.

Deshalb zum Schluss noch ein ernster Appell: Wir sollten uns der Herausforderung bewusst sein, dass die Länder des Globalen Südens ein europäisches Lieferkettengesetz auch als protektionistisch wahrnehmen könnten

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Wir tun es! – Dr. Götz Frömming [AfD]: Guter Gedanke!) (C)

und dass wir unsere neue Dynamik in der Handelspolitik ungewollt konterkarieren könnten, wenn wir die Richtlinie schlecht ausgestalten. Deshalb wird es beim Trilog schon darauf ankommen, Europas Rolle in der Welt ganzheitlich zu betrachten

(Stefan Rouenhoff [CDU/CSU]: Richtig!)

und eine Kommunikation zu pflegen, die Handel fördert und nicht bremst. Dafür ist eine starke Safe-Harbor-Regelung der entscheidende Baustein. Branchenlösungen machen Branchenrisiken transparent; –

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Carl-Julius Cronenberg (FDP):

– sie machen bessere Arbeitsbedingungen möglich und senken den Bürokratieaufwand. Wir setzen in Brüssel um, was Sie in Berlin versäumt haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat das Wort die Kollegin Gitta Connemann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Zeitenwende“, das Wort des Jahres – zu Recht, denn der Angriffskrieg Russlands hat die Welt verändert. Die Menschen in der Ukraine erleben unvorstellbares Leid. Aber auch und insbesondere Europa spürt die Auswirkungen des Krieges vor seiner Tür: Preise explodieren; Lieferketten brechen; nach zwei Jahren Corona fehlen die Rücklagen; eine Rezession droht – eine toxische Mischung.

Die Folgen spüren die Bürger, aber insbesondere auch die Betriebe; denn Energiekrise und Schockinflation treffen die Betriebe in diesem Land mit voller Wucht. Vielen steht das Wasser bis zum Hals. Wer es nicht verstehen will, der mache sich bitte ein Bild vor Ort; denn mancher Beitrag, den ich hier heute gehört habe, hat für mich den Eindruck erweckt, als ob Ihnen der Ernst der Lage, der im deutschen Mittelstand herrscht, nicht klar ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vor einem Jahr wäre es undenkbar gewesen. Dann kam der Krieg und damit die Zeitenwende.

(Rasha Nasr [SPD]: „Zeitenwende“ bedeutet nicht Aussetzen der Menschenrechte!)

Wir alle müssen in dieser Situation unsere Position hinterfragen; Sie als Ampel haben es gemacht. Heute sind Sie für Waffenlieferungen,

(Deborah Düring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Menschenrechte bleiben aber Men-

(D)

Gitta Connemann

(A) schenrechte! – Zuruf der Abg. Angelika Glöckner [SPD])

für die Verlängerung von Laufzeiten, für das Wiederaufahren von Kohlekraftwerken, für den Import von Fracking-Gas und übrigens auch für den Abschluss von Verträgen mit menschenrechtsverletzenden Staaten wie Katar.

Gerade hat einer Ihrer Redner gesagt: „Menschenrechte sind unverhandelbar.“

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Ja!)

Ja, Sie haben recht. Aber was sagen Sie dann zu den Vertragsabschlüssen mit Katar?

(Beifall bei der CDU/CSU – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Doppelmoral!)

Wenn Sie hier ein anderes Maß anlegen, als Sie es bei den Sorgfaltspflichten für Betriebe tun, ist das Doppelmoral, und genau das zeigen und leben Sie hier.

Wir als Opposition verstehen, dass die Bundesregierung in Not handelt; dasselbe gilt übrigens auch für das Lieferkettengesetz. Ja, wir wollten damit Sorgfaltspflichten für größere Unternehmen begründen, damit es bei Zulieferern nicht zu Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden kommt. Zu diesen Zielen des Gesetzes stehen wir, natürlich. Aber die Zeit hat sich verändert, dramatisch; darauf müssen wir reagieren.

(Zuruf der Abg. Rasha Nasr [SPD])

Deshalb fordern wir als Union die Aussetzung des Gesetzes für zwei Jahre. Dafür spricht die Vernunft.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU – Bernd Rützel [SPD]: Nein, nein! –Zuruf der Abg. Angelika Glöckner [SPD])

Erstens. Die Großunternehmen, die adressiert werden sollten, werden das Gesetz ohnehin anwenden; denn jedes börsennotierte Unternehmen muss auch laut ESRS im Nachhaltigkeitsreport umfangreiche Berichte abgeben.

Zweitens. Das Gesetz trifft inzwischen faktisch kleine und mittlere Betriebe. Die Begrenzung auf Großunternehmen wirkt eben nicht;

(Bernd Rützel [SPD]: Das wussten wir, und das wollten wir auch so!)

denn die Unternehmen an der Spitze der Lieferkette reichen ihre Pflichten weiter.

(Bernd Rützel [SPD]: Ja! Natürlich! Alle müssen sich an Menschenrechte halten! Alle!)

Dies bestätigt sogar Ihr Bundeswirtschaftsminister mit seinem heute vorgelegten Aktionsplan „Mittelstand, Klimaschutz und Transformation“.

Drittens. Gerade dieser Mittelstand in diesem Land kämpft aber ums Überleben. 40 Prozent haben jede Investitionstätigkeit eingestellt; jedes vierte Unternehmen denkt über eine Verlagerung nach, weil hier die Wettbewerbsfähigkeit fehlt. Liebe Ampel, Sie haben vor diesem Hintergrund ein Belastungsmoratorium angekündigt; aber Lieferkettengesetz und Moratorium widersprechen sich diametral.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

Ein Mittelständler ist schlicht nicht in der Lage, seine gesamte Lieferkette bis zum Subsubunternehmer des Herstellers am anderen Ende der Welt zu überwachen; dies gilt umso mehr nach der Zeitenwende. All das wird getoppt von dem Fragebogen des BAFA, einem Bürokratiemonster. Ich habe mir erlaubt, diesen mitzubringen.

(Die Rednerin hält ein Dokument hoch)

Er umfasst 37 Seiten – davon 7 Seiten Definitionen. Er enthält 437 Antwortoptionen, nicht nur für das eigene Unternehmen, sondern für unmittelbare Zulieferer und für mittelbare Zulieferer. Wenn Sie sagen, lieber Herr Kollege, die Unternehmen könnten das ohne Weiteres beantworten,

(Bernd Rützel [SPD]: Es gibt eine digitale Version mit nur acht Fragen! Acht Fragen!)

dann beantworten Sie mir jetzt diese Frage: Welche Präventionsmaßnahmen wurden für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken bei mittelbaren Zulieferern umgesetzt? Sie könnten es nicht; aber Sie verlangen es von den Betrieben. Auch das ist Doppelmoral.

(Beifall bei der CDU/CSU – Bernd Rützel [SPD]: Die Betriebe sind schon viel weiter!)

Wer jetzt „Lieferkettengesetz“ googelt, findet zuerst Tutzende Anzeigen von Beratungsunternehmen. Wir brauchen aber kein Konjunkturprogramm für NGOs oder Berater, sondern wir brauchen ein Schutzprogramm für unsere Betriebe. Wer sich aber rechtssicher verhalten will, muss sich zurückziehen, wie zum Beispiel Strabag aus Afrika. Das Lieferkettengesetz wirkt sich also auch auf Länder in unserer unmittelbaren Nachbarschaft aus,

(Zuruf der Abg. Marianne Schieder [SPD])

auch auf Tunesien, Marokko und noch viele andere Länder. Deutsche Unternehmen mit höchsten Standards ziehen sich zurück.

(Bernd Rützel [SPD]: Aber nicht wegen des Lieferkettengesetzes, was erst ab Januar gilt!)

Damit wird China Tür und Tor geöffnet. Den Menschenrechten wird damit ein Bärendienst erwiesen. Nehmen Sie das bitte endlich zur Kenntnis!

(Beifall bei der CDU/CSU – Bernd Rützel [SPD]: Aber nicht wegen des Lieferkettengesetzes!)

Deutschland ist in der EU am stärksten von der Krise betroffen. Ein Inkraftsetzen des Gesetzes zum 1. Januar würde einem nationalen Alleingang gleichkommen.

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Deshalb: Setzen Sie bitte das Gesetz aus, und kämpfen Sie auf EU-Ebene für eine handhabbare Regulierung für unseren Mittelstand; denn ohne ihn bricht unser Rückgrat!

Vielen Dank.

(D)

Gitta Connemann

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Marianne Schieder [SPD])

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort Michael Gerdes.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Michael Gerdes (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Union, worüber reden wir hier heute?

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Ja, hinhören! – Gegenruf des Abg. Bernd Rützel [SPD]: Nee, nee, nee, ihr müsst hinhören!)

Im Wesentlichen geht es um Menschenrechte; das ist Sinn und Zweck des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, so wie es da steht. Dafür wurde es verfasst.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Menschenrechte – dazu gehören auch umweltbezogene Themen – sind nicht verhandelbar, und sie sind auch nicht aufschiebbar. Menschenrechte sind unveräußerlich, nicht an Räume und Zeiten gebunden und älter als alle Staaten. Sie dürfen nicht von einem Gesetzgeber abhängig und in ihrem Geltungsbereich eingeschränkt werden.

„Zeitenwende“ heißt im Übrigen nicht „Verzicht auf Menschenrechte“.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir nehmen in Deutschland gerne die Einhaltung der Menschenrechte in Anspruch. Aber, meine Damen und Herren, für andere soll dies erst ab 2025 gelten?

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Was sagen Sie denn dann zu Katar? Keine Menschenrechte in Katar? – Julia Klöckner [CDU/CSU]: Aserbaidzhan!)

Meine Damen und Herren von der Union, ist Ihnen klar, was Sie den Arbeitnehmern abverlangen, die weltweit unter menschenunwürdigen Belastungen arbeiten? Glauben Sie mir: Ich als ehemaliger Bergmann und Gewerkschafter weiß, wovon ich spreche, wenn es um gute und um schlechte Arbeitsbedingungen geht. Noch Ende des letzten Jahrhunderts verunglückten viele Bergleute schwer oder tödlich – und das wegen schlechter Arbeitsbedingungen. Deswegen werden wir kein Gesetz hinauszögern, bei dem es um die Einhaltung von sozialen Mindeststandards wie beispielsweise dem Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit geht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Arbeitsbedingungen in indischen Textilfabriken oder auf Kakaopflanzungen in der Elfenbeinküste sind oft nicht zumutbar, und, meine Damen und Herren, das haben wir auch lange gemeinsam diskutiert.

(Zuruf des Abg. Bernd Rützel [SPD])

Ich will auch sagen: Kein Betrieb wird alleingelassen oder überfordert. So lehnt Deutschland Regelungen ab, die Unternehmen einen sofortigen Rückzug aus schwierigen Beschaffungsmärkten auferlegen. Das Prinzip „Befähigung vor Rückzug“ gilt für uns, und dahin werden wir auch das EU-Lieferkettengesetz weiterentwickeln. Unternehmen müssen nicht plötzlich Regionen mit schwachen Standards verlassen; stattdessen geht es um Verbesserungen für alle. Nur wenn dieses nicht gelingt, müssen Konsequenzen gezogen werden.

(Marianne Schieder [SPD]: Genau!)

Und ich glaube, das ist nicht zu viel verlangt, wie im Oppositionsantrag hier behauptet wird.

(Marianne Schieder [SPD]: So ist das halt! Menschenrechte gab es noch nie umsonst!)

Denn alle betroffenen Unternehmen erhalten Unterstützung vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. Dafür – Bernd Rützel hat es gerade schon gesagt – stocken wir den Mitarbeiterstab des BAFA auf und erleichtern die Beantwortung der Berichtsfragebögen auf digitalem Weg.

(Bernd Rützel [SPD]: Jawohl!)

Und unterschätzen Sie bitte nicht unsere Unternehmen! Die können das.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Lieferkettengesetz ist kein Sanktionsgesetz. Stattdessen helfen wir den Branchen, Initiativen zu entwickeln, Zertifizierungen zu erarbeiten und Menschenrechte zu stärken. Was daran „asozial“ sein soll, mag ich nicht nachzuvollziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Das wollen auch die allermeisten Staaten der Europäischen Union; Deutschland ist da nicht alleine. Im kommenden Jahr startet der Trilog, bei dem der Rat mit dem Europäischen Parlament und der Kommission die endgültige Richtlinie für das EU-Lieferkettengesetz aushandeln wird – also ein Grund mehr, keine nationale Verzögerung zu initiieren.

Wie kommen Sie, liebe Union, darauf, dass die Bedingungen 2025 für die Umsetzung des Lieferkettengesetzes besser sein werden? Ich finde, das ist peinlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Corona konnte keiner vorhersehen, den Ukrainekrieg in seiner Dimension auch nicht. Ich wäre dann also mit Prognosen in diese Richtung sehr vorsichtig.

Das Einzige, das wir sagen können, ist: Es eilt. Wie ich eingangs sagte: Es geht um Menschenrechte. Und deshalb handeln wir jetzt. Menschenrechte gelten nicht nur in guten Zeiten.

(Marianne Schieder [SPD]: Genau!)

Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten und einen guten Rutsch in ein hoffentlich friedliches neues Jahr, und ich freue mich auf weitere Diskussionen mit Ihnen.